



UNABHÄNGIGE BAUERNZEITUNG

„GZ02Z030371M“ P.b.b. Offenerlegung (lt. §25 Mediengesetz)
www.ubv.at / office@ubv.at
Verlagspostamt: 4020 Linz Medieninhaber: UBV, Aigelsberg 6,
4951 Polling, 0664-4205785

DIE NEUE KRAFT *Mehr Bauer, weniger Partei*



Einladung zum Bauernstammtisch



Landwirtschaftskammerrat
Karl Keplinger, Gemeinde Ahorn
Rinderhalter
UBV Spitzenkandidat LWK-Wahl O.Ö.

WIR LIEBEN UNSER LAND, UNSERE HÖFE UND UNSEREN BERUF....

Mit Teamgeist und großem Engagement hat der UBV Leben in die Landwirtschaftskammer O.Ö. gebracht. Unsere Bilanz sieht gut aus. Es ist uns gelungen mit Hilfe der Medien, das Gesetz zur Führerscheinmitnahme und die Almmisere zu reparieren. Der UBV ist mit Anträgen Sturm gelaufen: Gegen die Arbeitsplatzvernichtung auf den Höfen, die rechtswidrige Erhöhung der Einheitswerte, die nicht notwendige Abschaffung der Tierprämien, für die Wiedereinführung des Agrardiesels und die ungerechtfertigte Neufestsetzung des Tierzuschlages beim neuen Einheitswert.

All diese Anträge wurden von den Fraktionen ÖVP Bauernbund, SPÖ Bauern abgelehnt. Insgesamt haben wir 120 Anträge zum Wohle der Bauern eingebracht. Leider wurden 90% abgelehnt. Somit tragen die parteiabhängigen Bauernvertreter die Mitverantwortung für die sich ständig verschlechternde Situation unseres Berufsstandes. Wir meinen, dass unsere Standesvertretung allen Grund hätte selbstbewusst aufzutreten.

Die Bäuerinnen und Bauern haben in beispielloser Weise ihre Höfe mechanisiert und modernisiert, aber die Agrarpolitik nimmt uns ständig die „Früchte“ unserer Produktivitätssteigerungen. Beim EU-Beitritt haben wir Bäuerinnen und Bauern auf die Rechtsstaatlichkeit Europas und Österreichs vertraut. Uns wurde versprochen, die Differenz zum Weltmarktpreis ersetzt zu bekommen. Wir erkennen heute, dass uns die Ausgleichszahlungen als Förderungen vorgehalten werden. Ständig willkürlich gekürzt und in Zukunft zum Versteuern sind. Dabei sollten sie die Preisverluste abgelten.

...DAHER WEHREN WIR UNS GEGEN UNFAIRE PREISE, KONTROLLEN, SANKTIONEN, ABGABEN, UND SINNLOSE BÜROKRATIE!

Genau das wäre die wichtigste Aufgabe unserer Standesvertretung. Wir wollen, dass unsere Landwirtschaftskammer die Anliegen ihrer Pflichtmitglieder vertritt. Wir Bäuerinnen und Bauern waren noch nie so gut ausgebildet wie heute, aber wir haben uns noch nie so viel gefallen lassen wie jetzt.

WER VERÄNDERUNG WILL, MUSS UBV WÄHLEN!

Der UBV ist bereit mit zu gestalten!

DEINE STIMME FÜR UNS, IST EIN SIGNAL FÜR DEIN ANLIEGEN UND AN DIE DAFÜR
VERANTWORTLICHEN. DESHALB GEMEINSAM AM 25. JÄNNER 2015

UBV LISTE 3

Wir kandidieren aus Überzeugung zu unserer Landwirtschaft, aus Liebe zu unserem Hof für unsere Kinder und gegen die falsche Entwicklung unseres Berufsstandes für den UBV!



Hannes Winklehner
Stiermast
Landwirtschaftskammerrat
Neumarkt im Mühlkreis



Karl Ketter
Biobauer
Landwirtschafts-
kammerat a.D.
St. Florian/Inn



Herbert Pühringer
ÖVP-Gemeinderat
Milch- und Rinderbetrieb
Hörbich



ÖR. Hans Großpötl
Milchproduzent
Landwirtschaftskammerrat
Obmann der Milchliefere- und
Einkaufsgemeinschaft
Sigharting



Werner Neubacher
Milchproduzent
Eferding



Katharina Achleitner
Rinderhaltung, Wald
Enzenkirchen



Klaus Wimmersberger
Lehrer CLV (Christl. Lehrerverein),
Nebenerwerbslandwirt
Schweinemast
Pram



Kurt Kammerleitner
Getreidebauer
Vorchdorf



Johann Lohner
FPÖ-Gemeinderat
Ackerbau, Lohndrusch
Polling



Elfriede Hemetsberger
Milchviehbetrieb
Neukirchen/Vöckla



Erich Perger
Milchviehhaltung, Kümmel,
Kürbis und Lohndrusch
Windhaag bei Perg



Dipl. Ing. Markus Hehenberger
Biobauer, Ackerbau,
Obstproduzent und Direktvermarkter
Wels



Hannes Winkler
Biobauer, Mutterkuhhalter/Wald,
Jäger
St. Johann a.W.



Ilse Feldbauer
Ferkelproduktion
St. Willibald



Johann Rienesl
Milchviehbetrieb
Freistadt



Gudrun Roitner
Acker- u. Direktvermarktung,
Wilhering



Anton Stummer
Milchvieh
Hellmonsödt



Johann Felbauer
Bio- Mutterkuhhaltung und
Forst, Jäger
Ternberg



Christian Kernecker
Milch- u. Rinderbetrieb
Waldburg



Josef Kohlbauer
Direktvermarktung
Schardenberg



Reinhard Osterhuber
Milchviehbetrieb
Vorchdorf



Stefan Wurm
Getreidebau u. Schweinemast,
Gunskirchen



Johannes Ramsauer
Biomilchproduzent
Mondsee



Josef Pühringer
Milchviehbetrieb
Gutau

Hufnagel Gottfried
Gmunden

Erwin Brandstätter
Ternberg

Johann Himmelfreundpointner
Steinbach an der Steyr

Erich Dürnberger
Eberschwang

Josef Kasinger
Burgkirchen

Manfred Mayrhofer
Pötting

Elfriede Heftberger
Rottenbach

Karl Weißensteiner
Garsten

Karl Heitzeneder Karl
Kematen an der Krems

Ing. Walter Gschwendtner
Stroheim

Hubert Strasser
Taufkirchen an der Pram

Peter Degelsegger
Vorderstoder

Josef Mühlberger
Wendling

Franz Schütz
St. Johann am Wimberg

Andreas Ettlinger
Ternberg

Georg Pöchtrager
St. Ulrich im Mühlkreis

Christian Essl
Kronsdorf

Ing. Gudrun Grohmann
Neuhofen an der Krems

Wir haben Anträge eingebracht gegen die ungerechtfertigte Neufestsetzung des Tierzuschlages. Die Bundesregierung hat trotzdem folgende Regelung beschlossen:

Viehzuschlag (z.B.: 28 ha) 60 VE

Bisher	ab 2015
58	48
2 x 150€ (je VE)	12 x 280€
300€	3360€

(zu Einheitswert dazu)

Unglaublich aber wahr: LWK Präsident Reisecker hat am 8. März 2012 folgende Neufestsetzung gefordert.

Viehzuschlag (z.B.: 28 ha) 60 VE

Bisher	ab 2015
58	38
2 x 150€ (je VE)	22 x 280€
300€	6160€

(zu Einheitswert dazu)



Seite 24

Sonntag, 25. Mai 2014

Agrarlandesrat bezahlt schwarze, blaue und grüne Landwirtschafts-Vereine:

Förderungen für Parteibauern



Gleich vorweg: Diese Geschichte schildert nur einen kleinen Ausschnitt aus den vielen Landesförderungen für parteinahe Vereine und Organisationen. Insofern tun wir Agrarlandesrat Max Hieglsberger (VP) unrecht, wenn wir ihn hier alleine sozusagen an den Pranger stellen (s. Karikatur). Aber kürzlich beantragte Hieglsberger in der Sitzung der Landesregierung eine Förderung von 136.000 € für die „Freien Bauern“ mit Adresse Blütenstraße in Urfahr, also für die FPÖ-Bauern. Wie bitte? Der VP-Landesrat und Obmann des VP-Bauernbundes sponsert die FP-Bauern? „Seit Jahrzehnten ist

das so, das sind Förderungen für Agrarmedien und ihre wichtige Informations-tätigkeit“, so ein Sprecher Hieglsbergers: „Das hat mit Parteipolitik nichts zu tun, das ist eben Demokratie.“ Grüne Bauern und Agrarmedien der SPÖ würden da auch bedacht.

Also die SPÖ-Bauern haben wir in den Förderungsberichten nicht gefunden. Aber Jahr für Jahr tatsächlich die Grünen Bauern und die Freien Bauern (mit einer Ausnahme im Jahr 2009) sowie natürlich auch den VP-Bauernbund. 36.500 € gab's allein 2012 für die Grünen, 80.000 € für die Schwarzen und 73.100 € für die Blauen (der Landesförderbericht 2013 ist noch nicht da).

Übrigens: VP-Wirtschaftslandesrat Strögl hat kürzlich als Obmann des VP-Hilfswerks aufgehört, weil er sich als Regierungsmitglied nicht quasi selbst fördern will. Bauernbundesobmann Hieglsberger sieht so ein Unvereinbarkeitsproblem bei sich selbst offenbar nicht ...



Die SPÖ Bauern geben zu, dass sie ebenfalls die anteilige Parteienförderung vom Landesrat Hieglsberger bekommen haben.

Der UBV hat als einzige Gruppe vom Land Oberösterreich nicht einen einzigen Cent erhalten!!!!

werner.poechinger@kronenzeitung.at

Quelle: Kronen

UBV stets um gute Zusammenarbeit und Kontakte bemüht!

Unser Spitzenkandidat KR Karl Keplinger, mit



Andrä Rupprechter, Landwirtschaftsminister



EU-Abg. Elisabeth Köstinger, BB Vizepräsidentin



Werner Faymann, Bundeskanzler u. Minister Ostermayer



Johann Kalliauer, Arbeiterkammerpräsident
Kammerrat Hannes Winklehner



Landwirtschaftsminister Domenico Riolfatto
aus der Provinz Venezien, Italien



Luis Durnwalder, Südtirols Landeshauptmann

Parteilpolitische Bauernpolitik ist am Ende

In den meisten europäischen Ländern werden die Bauern von freiwilligen Parteiunabhängigen Bauernverbänden vertreten.

Nur in Österreich gibt es eigenartige Gebilde – ein alles durchdringender, total Parteiabhängiger Bauernbund verschafft sich durch eine skurille Kammerpflichtmitgliedschaft einen in der Praxis nicht existierenden überparteilichen Anstrich.

Der Bauernbund stellt:

Alle neuen Landwirtschaftskammerpräsidenten, alle 9 Agrarlandesräte und seit 1986 auch ununterbrochen den Landwirtschaftsminister.

Durch diese Machtfülle ist er für alle Verschlechterungen mit verantwortlich und auch für das im Vergleich schlechten landwirtschaftlichen Einkommen der österreichischen Bauern.

In den Ländern mit unabhängigen Bauernverbänden

- Frankreich
- Schweiz
- Lichtenstein
- Deutschland
- Belgien
- Niederlande
- Luxemburg
- Schweden und
- Finnland

ist das bäuerliche Einkommen doppelt so hoch, (40.000€) wie in Österreich mit brutto 20.200 €. (lt. Grünen Bericht) Dadurch ist Österreich in die Nähe der früheren Ostblockländer abgerutscht. In den Jahren 2012, 2013 und 2014 ist unser Einkommen um 25 % gesunken, (nach Abzug der SV-Beiträge) auf monatlich netto € 1000,- pro Arbeitskraft.



Großpötl mit dem Vizepräsidenten des Bayerischen Bauernverbandes Dipl. Ing. Günther Felßner.



AMA Auftraggeber ist der Landwirtschaftsminister (Bauernbund)

**AMA Aufsichtsratsvorsitzender ist der LWK-Präsident Stefan Hautzinger (Bauernbund)
vom Burgenland**

Wir wollen eine andere AMA

- Der UBV will, dass dort wo die Ware hineingeht, also z.B. Molkerei (Milch) oder Schlachthof (Tiere) und das verarbeitete Produkt wieder herauskommt, kontrolliert wird. Das gibt Sicherheit für Konsumenten und Produzenten und spart bei der Verwaltung.
- Seit 2013 übermittelt die AMA die Daten an die SVB. Wir fordern daher, dass nur für jene Flächen SVB-Beiträge bezahlt werden, die auch die AMA für förderfähig hält (außer Wald). Wir glauben das der Flächen-schwund dann ein Ende haben wird!

Der Landwirtschaftsminister gibt in einer parlamentarischen Anfrage zu, dass die AMA Messgeräte verwendet, die nicht immer richtig funktionieren oder den gesetzlichen Anforderungen entsprechen.

Trotzdem werden die mit diesen Geräten kontrollierten Betriebe sanktioniert.

Keine BH würde Autofahrer bestrafen, wenn der Behörde bekannt ist,
dass das Radargerät nicht richtig misst.

**Herr Landwirtschaftskammerpräsident es wird Zeit, die
Pflichtmitglieder zu unterstützen!**

**Herr Landwirtschaftsminister
zahlen Sie den Bauern die Strafen zurück!**



Wahltag ist Zahltag!

Keplinger, AMA Vorstandsdirektor DI Griesmayr,
Winklehner, Großpötl

Milchdialog und Klartext



Ja, wir brauchen einen Milchdialog, aber nicht einen des Bauernbundes, sondern einen der Bauern, mit Leuten aus der Praxis, die sich wirklich auskennen und nicht parteipolitisch gesteuert sind. Und da kenne ich höchstens 25-30 Leute in Österreich, die man dazu gebrauchen kann. Seit jeher werden die Milchbauern von Leuten vertreten, die selbst keine Milch produzieren.

So wurden im Juni 1994 österreichische Verhandler nach Brüssel geschickt, um die Milchquote zu verhandeln. Die Fettquote wurde für unser Land mit 4,03 % festgelegt. Am gleichen Tag erzielte die Delegation aus Schweden 4,22%, aus Finnland 4,23%. Finnland hat durch dieses Ergebnis bis heute eine negative Fettkorrektur.

Sogar auf den freiwilligen Lieferverzicht der Vorjahre hat man scheinbar vergessen.

Es war kein aktiver Milchbauer aus Österreich dabei. Ergebnis: Österreich zahlte seither hunderte Millionen an Superabgabe.

Quotenkosten

Österreichs Bauern wendeten für den Quotenkauf 1,3 Mrd. Euro auf.

Für die Superabgabe waren es 700 Mio. Euro. Diese wurde auch dann eingehoben, wenn keine Marktordnungsmaßnahmen erforderlich waren.

Problematischer Exporterfolg

Die LK Österreich veranstaltete vor kurzem in Mondsee eine Veranstaltung, Milch 20-20-60. Klartext sollte gesprochen werden. Selbstbeweihräucherung stand aber im Mittelpunkt.

AMA Marketingchef Blass erklärte stolz, dass 55.000 t Käse nach Deutschland im Wert von 141 Mio. Euro exportiert wurden (2013). Das sind pro Kilogramm Käse 2,56€. Anscheinend war ihm diese Zahl gar nicht bewusst, auch nicht, dass für 1 kg Käse 10 kg Milch verbraucht werden. Das ergibt pro kg Milch 25,6 Cent. Abzüglich Molkereikosten bleiben für den Bauern knapp über 10 Cent über.

Das kann man sicher nicht als Erfolg verkaufen!

Foto: Obmann Keplinger mit Hans Großpötzl

Initiator der Milchlieferung nach Bayern DLG-Mitglied und einziger Österreicher der den European Dairy-Farmers (EDF) angehört.



Mit Steuern in die richtige Richtung steuern, Leistung belohnen

Die WERTSCHÖPFUNG AUF DEN Höfen bei den klassischen Produktionssparten Ackerbau, tierischer Veredelung und Milch wird seit Jahren geringer. Deshalb versuchen viele oberösterreichische Bauern die Höfe weiter zu bewirtschaften durch: Nebenerwerb, Zupachtungen, Intensivierung der Tierhaltung, neue Sparten wie Pferdehaltung, Direktvermarktung, Arbeiten im Maschinenring
Diese zusätzlichen Einkommen sollen die Einkommensverluste ausgleichen helfen, damit SV und Steuern (durch den Einheitswert vorgegeben) wieder zusammenpassen.

Wir fordern einen neuen Weg: Arbeitsplatzsicherung im ländlichen Raum.

Statt Steuererhöhungen fordern wir Steuersenkungen!

- Betriebsmittel, Landmaschinen, landwirtschaftliche Bauten: Mehrwertsteuer auf 12% senken
- Wiedereinführung Agrardiesel
- Neue Einheitswertregelung ist rechtswidrig und daher rechtskonform zu machen
- Buchführungsgrenzen gleichlassen oder anheben
- Tierzuschläge streichen, Wachstumsbetriebe in der Tierhaltung nicht bestrafen
- Pferdehalter, die mit betriebseigenem Grundfutter füttern nur 10% Mwst wie bisher
- Direktvermarkter und Maschinenringarbeit: Freibetrag der Einnahmen auf 30.000 Euro anheben, keine zusätzlichen SV Beiträge (diese sind ohne hin durch die derzeit überhöhten Einheitswerte abgegolten sind)
- Grenzen für bäuerliches Nebengewerbe sind auf 50.000 Euro anzuheben,
- Alle bäuerlichen Produkte einheitlich 10 % bzw. 12% Mehrwertsteuer statt 20% (verarbeitete Produkte wie Edelbrände, Säfte etc.)
- Mitarbeitende Kinder in den ersten 2 Jahren beitragsfrei bei der SVB voll mitversichert.

(Aufbau neuer Betriebszweige, Einarbeitung bis zur Hofübergabe)

Bei öffentlichen Bauten und geförderten Wohnungen soll nur mehr heimisches Holz erlaubt sein und nicht Tropenholz.

Jeder Arbeitsplatz auf den Höfen ist mindestens so viel wert wie in anderen Bereichen.

Diese Grundsteuer-Erhöhung darf nicht kommen!



Grundsteuer könnte 2016 steigen

Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner (ÖVP) hat im „Standard“ (Freitag-Ausgabe) für 2016 eine Anpassung der Einheitswerte an die realen Marktwerte von Immobilien angekündigt. Das würde eine Erhöhung der Grundsteuer bedeuten, die auf Grundlage der Einheitswerte berechnet wird.

Dass, das nicht bereits Teil des Sparpakets ist, erklärte Mitterlehner mit „technischen Gründen“: Die Neufeststellung der Einheitswerte könne nicht „von heute auf morgen umgesetzt“ werden.

Publiziert am 16.02.2012 ORF

Das würde diese Steuervorschlag kosten:

z.B.. Mit einen Grundsteuermeßbetrag von 198,54.- Euro bei 100.000.- Euro Verkehrswert der Gemeinde GSt Hebesatz 500%, Steuer auf Grund und Boden wäre 992,70 Euro.

Bei einem Betrieb mit 30 ha und 3Euro pro m2 käme auf einen Verkehrswert von 900.000 Euro eine Steuer von 8934,30.Euro

Weil diese Steuerlast, die Bäuerinnen und Bauern finanziell nicht aushalten, hat der UBV in der LWK den Antrag zur Zurücknahme dieser Forderung gestellt. Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

Mindestsicherung auch für Bauernpensionisten



880,- Euro pro Person Pensionsbezug verdienen sich auch die Bauernpensionisten/Pensionistinnen.

Klare Produktkennzeichnung!

AT-Stempel nur für in Österreich geborene, gefütterte, geschlachtete und vermarktete Schlachttiere! Diese eingebrachte UBV-Forderung wurde immer wieder vom Bauernbund abgelehnt. Somit geht die Konsumententäuschung weiter. Bestes Qualitätsfleisch aus Österreich wird somit billigst verschleudert. Wer Bauernbund wählt wird bald auch Hormonfleisch und Chlorhuhn am Teller serviert bekommen.



SVB-Beiträge:



...behaupten:

SVB-Beiträge sind seit 20 Jahren nur um 2% gestiegen. Der UBV stellt jedoch fest, dass bei gleichbleibender Fläche die Sozialversicherungsbeiträge sich seit 1995 mehr als verdoppelt haben! Grund dafür sind die jährlichen Anpassungen. Der UBV sieht als einzigen Ausweg aus diesem Desaster, die Zusammenlegung der Kassen, wie es auch der ÖVP Wirtschaftskammerpräsident Leitl fordert.

Bürokratische Unsinnigkeiten und alle spielen mit. Warum??

Pflanzenschutzregelung neu ab 2015

Wir Bauern sind in einem grenzenlosen EU Markt, müssen international konkurrieren und trotzdem wird ein funktionierendes Pflanzenschutzgesetz nationalisiert. Statt Mittelzulassung von Deutschland, Holland und Österreich, sind ab 2015 nur in Österreich registrierte Mittel zugelassen.

Das ist nicht nur ein Wettbewerbsnachteil, sondern erschwert bzw. verunmöglicht einen fachlich sinnvollen Pflanzenschutz, besonders in Sonderkulturen. Wir fordern, die sofortige Wiederherstellung der bisherigen Regelung, da hier keine fachlichen oder ökologischen Argumente dagegensprechen.



Landschaftselemente

Sanktionsfalle für die Bauern!

Kammerspitze stoppt Digitalisierung:

Um Stimmenverluste für den Bauernbund zu minimieren werden die Termine für die Digitalisierung bis nach den Landwirtschaftskammerwahlen abgesagt.



Falsche Entscheidungen des Bauernbundes bei der neuen GAP und Öpul!

Während die EU-Länder Frankreich, Dänemark, Schweden, Italien, Tschechien und Irland die Tierprämien bzw. die Milch und Mutterkuhprämie zur Stabilisierung der bäuerlichen Betriebe beibehalten, werden auf Drängen des Bauernbundpräsident NR Auer und seines Vize LWK-Präsident Reisecker diese Maßnahmen in der Förderperiode 2014-2020 in Österreich gestrichen.

Obwohl wissend das die EU-Kommission nur die Mutterkuhprämie zur Milchmarktregulierung zulässt (Prämie für Kühe wo keine Milch abgeliefert wird).

Ausgerechnet die Alpenrepublik Österreich setzt auf Drängen des Bauernbundes auf volle Liberalisierung der Landwirtschaft. Präsident Reisecker fordert noch zusätzlich eine Intensivierung der Betriebe, um keine Marktanteile zu verlieren (ORF/O.Ö. heute).

Der UBV fordert die Bundesregierung auf, die falschen Entscheidungen des Bauernbundes zu korrigieren und Tierprämien, wie in den anderen EU-Staaten weiterzuführen.

Aufgrund der Streichung der Tierprämien müssen viele Betriebe aufgeben. Laut Berechnung von Experten werden zusätzlich 30.000 Personen in nächster Zeit auf den Arbeitsmarkt drängen, also noch mehr Arbeitslose.

Freihandelsabkommen bedroht bäuerliche Landwirtschaft

TTIP... nicht mit uns!

Warum?

- Verhandlungen sind geheim und undemokratisch. Die Öffentlichkeit ist ausgeschlossen.
- Konzerne können Staaten vor internationalen Schiedsgerichten klagen, wenn sie durch staatliche Gesetze ihre geplanten Profite bedroht sehen.
- Näheres dazu auf Internetplattformen (www.stopttip.at)

Zum Schutz von Produzenten und Konsumenten von Lebensmitteln fordert der UBV, die Landwirtschaft unter den derzeitigen Verhandlungsbedingungen auszuklammern.

Dieser Antrag wurde im Juni vom Bauernbund abgelehnt. Begründung von Präsident Reisecker: Exportchancen für Milch gehen damit verloren. Reisecker weiß anscheinend nicht, dass die USA bereits mehr Milch produziert wie Neuseeland.

Daher ist das Exportpotenzial für österreichische Bauern fast gleich null.



EvrenKalinbacak - Fotolia.com
MK-Photo - Fotolia.com

Statt Rechte gibt es Belastungen!



Arbeitslosengeld:

Jeder Dienstnehmer, der Arbeitslosengeld einzahlt, muss es auch im Falle der Arbeitslosigkeit bekommen. Klare Forderung des UBV!

AMA-Bescheide:

Stellt eine Behörde einen Bescheid aus, ist sie an diesen gebunden. Darauf können alle in unserem Land vertrauen.

Ausnahme:

Die Bäuerinnen und Bauern. Die Bauernbundabgeordneten schufen mit dem §19 im Marktordnungsgesetz, dass die AMA jederzeit einen rechtskräftigen Bescheid abändern darf. AMA-Bescheide werden nie rechtskräftig, sie müssen verjähren.

Um die Wiederherstellung der Rechtssicherheit und des Rechtsfriedens zu gewähren, wurde vom UBV ein Antrag eingebracht, der von der Bauernbundmehrheit abgelehnt wurde.

Sieht so gemeinsames Schaffen aus?

Souverän rückte KR Karl Keplinger als Vorsitzender die Arbeit des Kontrollausschusses der LWK OÖ in die Öffentlichkeit LWK-Budget beträgt 42.000.000,- Euro

Diese neue Qualität der Kontrolle bestätigen auch die externen Prüfer der Kammer!



Bild: LWK OÖ. Bildmitte: Keplinger mit den Mitgliedern des Ausschusses und den leitenden Angestellten

Aufwandsentschädigung der Bezirksbauernkammernobmänner und Vorsitzende der Bäuerinnenbeiräte im Jahr:

BR Ferdinand Tiefnig	Braunau	19.984,- €	Barbara Probst	2.331,- €
Ludwig Schurm	Eferding	14.707,- €	Klaudia Ritzberger	1.523,- €
Josef Mühlbacher	Freistadt	21.298,- €	KR Johanna Miesenberger	1.931,- €
Christian Zierler	Gmunden	18.187,- €	Anna Wimmer	1.730,- €
Martin Dammayr	Grieskirchen	18.125,- €	Gerlinde Mallinger	2.064,- €
Franz Karlhuber	Kirchdorf	16.784,- €	Sonja Kiningr	1.820,- €
Ing. Johannes Gruber	Linz	16.074,- €	Ing. Ursula Forstner	1.842,- €
Rosemarie Ferstl	Perg	17.646,- €	Barbara Payreder	1.886,- €
LAbg. Georg Ecker	Rohrbach	19.620,- €	Hedwig Lindorfer	2.308,- €
Josef Diermayer	Ried	16.646,- €	Gabriela Stinglmayr	2.064,- €
Peter Gumpinger	Schärding	18.517,- €	Gabriele Bäck	1.953,- €
Edeltraud Huemer	Steyr	16.897,- €	Mag. Regina Aspalter	1.775,- €
Josef Gossenreiter	Urfahr	18.660,- €	Karin Kapelmüller	1.997,- €
ÖR Johann Schachl	Vöcklabruck	18.806,- €	KR Elfriede Schachinger	2.376,- €
Heinrich Striegl	Wels	16.335,- €	KR Anita Strassmayr	1.863,- €

NULL Wortmeldungen der 15 BBK Obmännern in den letzten 6 Jahren in den Vollversammlungen der LWK!

Die Jahresgehälter der Abteilungsleiter und des Kammerdirektor-Stellvertreters gemäß Gehaltsordnung 2002 im Jahr 2013 betragen in

Stufe 1	EUR 64.331,40
Stufe 2	EUR 66.334,80
Stufe 3	EUR 68.339,60
Stufe 4	EUR 70.343,00
Stufe 5	EUR 72.347,80
Stufe 6	EUR 74.349,80
Stufe 7	EUR 76.354,60
Stufe 8	EUR 78.358,00
Stufe 9	EUR 80.364,20
Stufe 10	EUR 82.366,20
Stufe 11	EUR 84.372,40
Stufe 12	EUR 86.374,40
Stufe 13	EUR 88.377,80
Stufe 14	EUR 90.381,20
Stufe 15	EUR 92.386,00

Die Jahresgehälter in der Funktionslaufbahn F3 der Gehaltsordnung 2002 für den Kammerdirektor betragen im Jahr 2013 in

Stufe 1	EUR 88.398,80
Stufe 2	EUR 91.294,00
Stufe 3	EUR 94.190,60
Stufe 4	EUR 97.081,60
Stufe 5	EUR 99.978,20
Stufe 6	EUR 102.873,40
Stufe 7	EUR 105.765,80
Stufe 8	EUR 108.663,80
Stufe 9	EUR 111.557,60
Stufe 10	EUR 114.452,80
Stufe 11	EUR 117.349,40
Stufe 12	EUR 120.244,60
Stufe 13	EUR 123.135,60
Stufe 14	EUR 126.033,60
Stufe 15	EUR 128.928,80

Aufwandsentschädigung im Jahr:

**Präsident ÖR. Ing. Franz Reisecker:
116.296,- €**

**Vizepräsident Karl Grabmayr:
58.148,- €**

